

## Rede HH 2017 – Johannes Büttner

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Haushaltsberatung sollte die Weichen stellen für die Zukunft der Stadt und ihrer Bürger. Das bedeutet: All die Ziele, die wir beschlossen haben müssen sich in den Haushaltsausgaben wiederfinden. Das sind für den Verkehr die Klimaziele, die Ziele im Verkehrsentwicklungsplan und in der Ringstraßenplanung die von einem Rückgang des Kfz-Verkehrs von rund 30.000 pro Tag ausgehen, aber auch der Umbau zu einer fußgänger- und fahrradfreundlichen, auf Umstieg vom PKW auf den ÖPNV bedachten Stadt. Wurden Schritte zu diesen Zielen unternommen? Schlagen diese sich im Haushaltsplan nieder? Wir meinen Nein!

Die neuen Zahlen des Modal-Split zeigen eindeutig: Der Umstieg auf den ÖPNV hat nicht stattgefunden. Die PKW-Dichte hat massiv zugenommen. Der Verkehrsentwicklungsplan ist in dieser Hinsicht gescheitert. Die Millionen, die für die Ringstraße ausgegeben wurden haben - wie von uns vorhergesagt – eben nicht zu einem Umstieg auf den ÖPNV geführt. Die Plafondierung auf 256.000 Fahrzeuge am Tag ist gescheitert. Wir haben heute fast 300.000 Fahrzeuge. Die Ringstraße ist in den Stoßzeiten zugestaut. Was ist davon zu halten, wenn im gemeinsam verabschiedeten Klimakonzept die Verdoppelung der ÖPNV Nutzung propagiert wird. Da würde ja bedeuten ca. 10.000 Kfz-Benutzer pro Tag steigen um? Wo bleiben die notwendigen Schritte?. Wo ist die Angebotsverbesserung des ÖPNV? Wo ist die Einschränkung des unregulierten Parkens in den öffentlichen Straßen durch die Pendlerströme in die Stadt? Wir jedenfalls können diese Ziele und die Vorschläge zur Umsetzung im neuen Haushaltsplan nicht finden!.

Mittel für Verkehrslenkung und Parkraumbewirtschaftung: Fehlanzeige! Zuschüsse an die Stadtbusse für das Ein-Euro-Ticket und den fahrscheinlosen Nahverkehr für Jugendliche: Ebenfalls Fehlanzeige. Nachtbus und Busse an Sonntagvormittagen – abgeschafft! Den Stadtwerken ohne politische Vorgaben die Umstiegsmaßnahmen und -kosten zu überlassen und zu denken, der Busbetrieb wirft sogar noch Gewinn ab ist eine absolute Fehleinschätzung. Ebenso wenig werden wir mit Guten Worten und „wir hätten uns das gewünscht“ diesen Umstieg laut Verkehrsentwicklungsplan und Klimakonzept hinbekommen der seit 30 Jahren versemelt wurde. Ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und konsequentes Handeln wird es keinen Umstieg auf den Umweltverbund geben. Die KI steht für den Umstieg - die große Koalition im Stadtrat leider nicht! Wir hören nur die Worte – die Taten bleiben aus! Was machen sie stattdessen? Sie lassen lieber neue 4spurige Ausfall und Einfallstraßen bauen um noch mehr Pkw- und Lkw-Verkehr in die Stadt zu ziehen. Rückwärtsgewandte Verkehrspolitik der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts die auf Ampelstaus und riesige Ampelknoten setzt und moderne Kreisverkehre ablehnt bestimmt ihre

Politik. Wie wir mit der verkorksten Ampel-Knotenlösung an der Glattbacher Überfahrt sehen für die wieder mehrere Hunderttausend Euro ausgegeben werden um eine noch schlechtere Lösung zu schaffen als vorher.

Eine zweite Weichenstellung ist im Haushalt ebenfalls unterbelichtet: Die Bildung! Wir geben zwar für Schul- und Kindergartengebäude viel Geld aus – die Fehler der bayrischen Staatsregierung bei der frühkindlichen Bildung werden aber durch uns nicht korrigiert. Bildung ist frei – das ist die alte und immer noch aktuelle Losung der Demokraten! Wenn die Staatsregierung die frühkindliche Bildung vom Geldbeutel abhängig macht – frei nach dem Motto: die Armen sollen dumm bleiben – dann dürfen wir nicht die Augen zumachen und uns aus der Verantwortung stehlen. Jeder Euro in die frühkindliche Bildung spart auch die Stadt das zehnfache bis hundertfache an Sozialausgaben in 10 bis 20 Jahren. Daher unsere Forderung nach kostenfreien Kindergärten in Aschaffenburg und die Bereitstellung der Mittel dafür.

Die Sozialausgaben als dritte Weichenstellung im Haushalt benötigen eine Ergänzung! Die Sozialausgaben steigen weil die Armut in unserem Land steigt. Dafür kann die Kommune nichts, die Verantwortung für die soziale Schieflage haben die bisherigen Bundesregierungen in ihren verschiedenen Koalitionsfarben. Die Besteuerung der Reichen wurde reduziert, die Unterstützung für die Armen ebenfalls. Wer Hartz4 einführt und die Renten seit Jahren kürzt zerstört den sozialen Frieden! Die Kommune muss hier – auch mit kleinen Mitteln gegensteuern. Unser Sozial- und Kulturpass – ein wichtiger Erfolg unserer Politik - ist deshalb auch für arme Menschen, deren Einkommen über dem Hartz4-Satz und der Sozialhilfegrenze liegen auszuweiten. Wie in anderen Städten im Rhein-Main-Gebiet ist hier eine unbürokratische Lösung für alle einzuführen, die unter die 1000,- bzw. 1200,- Eurogrenze des Einkommens liegen. Die Grenze des Wohngeldbezuges ist eine Möglichkeit um einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Dies ist unsere weitere Forderung für den Haushalt 2017.

Der Einwand, wir können dafür kein Geld zur Verfügung stellen, wir haben die Mittel nicht ist falsch und wird auch durch ständiges Wiederholen nicht wahrer. Haushaltswahrheit und –klarheit werden seit langem ignoriert. Der städtische Haushalt besteht eben nicht nur aus der Vorlage, die wir heute beschließen sollen. Wir haben Neben- und Schattenhaushalte von Eigenbetrieben und städtischen Unternehmen, die jedes Jahr Gewinne anhäufen statt einen Teil der Überschüsse in zusätzlich für gemeinnützige Aufgaben einzusetzen. Es geht eben nicht nur um 332 Millionen Euro, des städtischen Haushalts sondern um ein Mehrfaches. Wir haben die Sparkasse als kommunale Bürgerbank mit einer Eigenkapitalquote von rund 14% - ca. 300 Millionen Euro - die einen Teil ihres Gewinns gemeinnützig anlegen kann und politisch verpflichtet wäre dies zu tun. Insbesondere bei

der Finanzlage des Klinikums, dass ebenso von den beiden Körperschaften Landkreis und Stadt betrieben wird wie die Sparkasse. Dies würde die Stadt pro Jahr um rund 1,5 Millionen für Investitionen ins Klinikum entlasten. Die Gesamtbetrachtung all dieser Haushalte und Finanzmittel ist wichtig und nötig!

Aus diesem Grunde sind alle unnötigen Kürzungsversuche und Sparprogramme Gift für die Menschen in der Stadt. Geld ist genug da, es wird nur an den falschen Stellen gehortet und sinnlose Schatzbildung betrieben.

Wo allerdings gespart werden kann das sind die unnötigen Zuschüsse für die Zentec, für die Industrie und die Unternehmen am fränkischen Untermain von Collenberg bis Alzenau. Weder wird für die Region „Aschaffenburg“ damit Werbung gemacht noch profitiert die Stadt direkt oder indirekt von diesen Ausgaben. Die Unternehmen, die von den Ergebnissen der Zentec-Projekte profitieren, beteiligen sich finanziell nicht an dieser Gesellschaft. Diese einseitige Wirtschaftsförderung von rund 200.000 Euro pro Jahr ist zu beenden, wie wir das seit Jahren vergeblich fordern.

Zum Schluss ein Wort für die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Warum werden die strategischen Ausgaben der Stadt pro Jahr nicht vorher mit den Bürgern diskutiert? Das Beispiel des grün-schwarz regierten Darmstadt zeigt wie eine Großstadt durch die Einbeziehung der Kreativität der Bürger seit 2 Jahren ihren Haushalt breit diskutiert und einvernehmlich mit den Bürgern erstellt. Das nennt man Bürgerhaushalt. Die Bürger sind klug genug richtige Entscheidungen zu treffen – wie wir das am letzten Bürgerentscheid sehen. Aber die große schwarz-rot-gelbe Koalition hier im Stadtrat achtet weder auf Bürgerbeteiligung noch achtet sie Bürgerentscheide wenn es ihr nicht paßt. Wir fordern sie alle auf: Gehen sie von der Bremse, legen sie ihre ideologischen Scheuklappen ab, warten sie nicht in Stagnation bis zur nächsten Kommunalwahl 2020. Wachen sie jetzt auf und machen sie eine Politik für die Bürger - in Taten und nicht mit Worten – wie im Verkehrsentwicklungsplan oder im Klimakonzept. Diese Konzepte sind momentan nicht mehr Wert als das Papier auf dem sie gedruckt sind.

Die KI lehnt nach der Ablehnung ihrer wichtigen Anträge diesen Stagnationshaushalt ab.

Aschaffenburg, 13.2.2017

Johannes Büttner